

S a t z u n g
der
Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft.

- - - -

§ 1

Die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft hat die Aufgabe, die wissenschaftliche Arbeit im Braunschweiger Hochschulraum anzuregen und zu fördern. Insbesondere soll sie über die fachlichen Grenzen hinaus die Bearbeitung von Gemeinschaftsaufgaben übernehmen und dazu beitragen, innere Beziehungen zwischen allen Wissens- und Lebensgebieten herzustellen.

Die wissenschaftliche Arbeit findet ihren Niederschlag in Vorträgen, Berichten, Veröffentlichungen und sonstigen Veranstaltungen. Auf eine dauernde Wechselwirkung zwischen der Gesellschaft und den kulturellen Kräften des Hochschulraumes ist besonderer Wert zu legen.

Der Sitz der Gesellschaft ist die Stadt Braunschweig.

§ 2

Träger der wissenschaftlichen Arbeit sind die ordentlichen Mitglieder. Sie werden vom Präsidenten auf Vorschlag des Senates berufen. Ihre Höchstzahl ist 80.

§ 3

Persönlichkeiten aus dem wissenschaftlichen Leben, für die eine regelmäßige Beteiligung an den Arbeiten der Gesellschaft nicht in Frage kommt, können im gleichen Verfahren zu außerordentlichen Mitgliedern berufen werden.

§ 4

Organe der Gesellschaft sind: der Präsident, das Kuratoriums, der Senat, die Vollversammlung.

§ 5

Präsident ist der jeweilige Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig für die Dauer seiner Amtszeit. Er kann für die gleiche
/Zeitdauer

Zeitdauer einen stellvertretenden Präsidenten berufen.

Der Präsident vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch diese Satzung ausdrücklich anderen Stellen übertragen sind.

§ 6

Die Mitglieder des Kuratoriums werden vom Präsidenten auf die Dauer von fünf Jahren berufen. Sie brauchen nicht Mitglieder im Sinne der §§ 2 und 3 zu sein.

Das Kuratorium berät und beschließt über die Beschaffung und Verwendung der Mittel und erteilt dem Präsidenten Entlastung. Das Arbeitsprogramm bedarf seiner Zustimmung.

Der Präsident beruft die Sitzungen des Kuratoriums ein und leitet sie. Über die Sitzungen ist eine Niederschrift anzufertigen, die er unterschreibt.

§ 7

Der Senat besteht aus dem Vorsitzenden, den Sekretären und zwei weiteren Mitgliedern (Senatoren). Sie müssen ordentliche Mitglieder sein. Der Vorsitzende und die beiden Senatoren werden vom Präsidenten auf die Dauer von fünf Jahren berufen.

Der Senat schlägt dem Präsidenten die zu berufenden Mitglieder vor und stellt das Arbeitsprogramm auf.

Über die Sitzungen ist eine Niederschrift anzufertigen, die der Vorsitzende unterschreibt. Der Präsident ist zu allen Sitzungen einzuladen.

§ 8

Für die Zwecke der wissenschaftlichen Arbeit gliedert die Gesellschaft sich in folgende Abteilungen:

Naturwissenschaftliche Abteilung,
Technische Abteilung,
Abteilung für Raum-und Baugestaltung,
Kulturwissenschaftliche Abteilung.

/Jedes

Jedes ordentliche Mitglied muß einer Abteilung, es kann mehreren Abteilungen angehören. In Zweifelsfällen entscheidet der Präsident nach Anhören des Senates.

Die Leitung der Abteilung obliegt dem Sekretär, der vom Präsidenten auf Vorschlag des Senatsvorsitzenden auf die Dauer von fünf Jahren berufen wird.

Für einzelne Forschungsaufgaben können nach Bedarf vom Senat Arbeitskreise gebildet werden. Ihre Leiter bestimmt der Senatsvorsitzende im Einvernehmen mit den zuständigen Sekretären.

§ 9

Mindestens jährlich einmal wird vom Präsidenten eine Vollversammlung sämtlicher Mitglieder einberufen. Hier wird über die wissenschaftliche Arbeit Bericht erstattet; Anregungen für diese werden entgegengenommen. Vorschläge für die Berufung von Mitgliedern können eingeholt werden.

§ 10

Aus der Zahl der ordentlichen Mitglieder beruft der Präsident für die Dauer seiner Amtszeit einen Generalsekretär. Ihm obliegt die Vorbereitung der wissenschaftlichen Arbeit, die Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den Abteilungen und den Arbeitskreisen und die Herausgabe der Veröffentlichungen.

Er unterstützt die Organe der Gesellschaft bei allen die wissenschaftliche Arbeit betreffenden Geschäften.

Er nimmt an den Sitzungen des Kuratoriums und des Senates teil.

§ 11

Wissenschaftliche Hilfsarbeiter und sonstige Hilfskräfte stellt der Präsident im Rahmen der Haushaltsmittel nach Bedarf ein. Der Senatsvorsitzende und der Generalsekretär können Vorschläge unterbreiten.

/§ 12

- 4 -

§ 12

Die Kassen- und Geschäftsführung obliegt dem Geschäftsführer des Braunschweigischen Hochschulbundes.

§ 13

Satzungsänderungen sowie die Auflösung der Gesellschaft können auf Antrag des Kuratoriums von der Vollversammlung beschlossen werden. Zu der Versammlung ist mindestens 14 Tage vorher unter Bekanntgabe der Tagesordnung schriftlich einzuladen. Der Beschluß bedarf der Zustimmung des Präsidenten.

Änderungen Der Satzung bedürfen der Genehmigung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

§ 14

Bei der Gründung beruft der Präsident von sich aus den Senatsvorsitzenden und die Sekretäre, die dadurch ordentliche Mitglieder werden.

- - -

Genehmigt durch Verfügung des Reichsministers
für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
Nr. WN 1017 vom 28. Juli 1943.